

MEDIENINFORMATION

Eisenstadt, am 03.03.2026

Wahlarzt-Debatte: Die Ärztekammer für Burgenland fordert Fokus auf reale Versorgungsprobleme

Anlässlich der Diskussion um eine Deckelung von Wahlarzthonoraren fordert die Ärztekammer für Burgenland (aek.b) eine Rückkehr zu den Fakten. Statt Scheindebatten brauche es echte Lösungen, um die medizinische Versorgung im Burgenland flächendeckend und wohnortnah zu sichern. Die Wahlärztinnen und Wahlärzte leisten hierfür einen unverzichtbaren Beitrag.

„Die Debatte über Honorar-Obergrenzen ist bestenfalls Symbolpolitik, die von den wirklichen Herausforderungen in unserem Gesundheitssystem ablenken soll“, erklärt Christian Toth, Präsident der Ärztekammer für Burgenland. „Unsere größte Sorge gilt der Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung für alle Burgenländerinnen und Burgenländer. Wir müssen über fehlende Kassenstellen, überbordende Bürokratie und eine unzureichende Finanzierung des Systems sprechen, anstatt jene Ärztinnen und Ärzte zu bestrafen, die das System tagtäglich stützen.“

Gerade im Burgenland, wo kurze Wege nicht immer selbstverständlich sind, spielen Wahlärztinnen und Wahlärzte eine entscheidende Rolle. Sie sichern die wohnortnahe Versorgung, verkürzen Wartezeiten auf Termine und entlasten damit das gesamte System, insbesondere die Spitalsambulanzen.

„Jede einzelne Praxis – egal ob Kasse oder Wahl – ist für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung im Burgenland von enormer Bedeutung“, betont Toth. „Wahlärztinnen und Wahlärzte springen dort ein, wo das öffentliche System Lücken aufweist. Sie tun dies mit hohem persönlichem und unternehmerischem Einsatz. Eine staatliche Preisregulierung würde genau diesen wichtigen Pfeiler unserer Gesundheitsversorgung schwächen und die Situation für Patientinnen und Patienten nachhaltig verschlechtern.“

“Die Ärztekammer für Burgenland steht für eine transparente und faire Partnerschaft zwischen Ärzteschaft und Patientinnen und Patienten. Um das solidarische Gesundheitssystem aber langfristig abzusichern, brauche es strukturelle Reformen und ein attraktives Kassensystem, nicht Zwangsmaßnahmen und Eingriffe in die wirtschaftlichen Grundlagen des Arztberufs“, so Toth abschließend.